

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Postnummer 25 241.  
Preis für Nachgelieferte: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1924 bei täglich einmaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark, Postzusatz 10 Pf. monatlich. Einzelnummern 10 Pf. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Seite 10 Pf., für auswärts 15 Pf. Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., auswärts 15 Pf., die 10 mm breite Reklameseite 150 Pf., auswärts 200 Pf. Differenzbetrag 10 Pf. Keine Gültigkeit gegen Vorbestellung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlegers (Dresdner Nachrichten) zulässig. — Inmündliche Mitteilungen werden nicht angesetzt.

## HOTEL BELLEVUE

Nachmittagtee, Mittag- und Abendtafel im Garten,  
auf der Terrasse und im Terrassensaal an der Elbe  
Bekanntes vornehmes TAFELMUSIK  
Jeden Mittwoch Abend: „REUNION“

### Die Besprechung in Chequers.

#### Allgemeine Konferenz nicht später als Mitte Juli.

Ein moralischer Pakt zum Zwecke fortgesetzter französisch-englischer Zusammenarbeit. — Der Völkerbund im Vordergrund.

#### Die amtliche Mitteilung.

London, 22. Juni. Nach Schluß der in Chequers abgehaltenen Besprechungen wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt:

Die zwischen den Premierministern Frankreichs und Englands am Sonnabend und Sonntag in Chequers abgehaltenen freundschaftlichen und nicht formellen Erörterungen erstreckten sich auf gewisse Fragen, die sich aus dem Dawes-Bericht ergeben, und auf Maßnahmen, die zu seiner Verwirklichung notwendig sind. Bestimmte Beschlüsse konnten angesichts der schwebenden Unterhandlungen mit der italienischen und der belgischen Regierung nicht gefaßt werden. Die Unterredungen zielten eine „allgemeine“ Übereinstimmung zwischen den Auffassungen Frankreichs und Englands, und auf Seiten der beiden Premierminister die gemeinsame Entscheidung, den Schwierigkeiten in fortgeschrittenen Zusammenhängen entgegenzutreten, welche nicht nur die beiden Länder, sondern auch die ganze Welt betreffen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß ein Einverständnis mit den anderen Alliierten eine Konferenz in London nicht später als Mitte Juli abgehalten werden sollte, um eine endgültige Verständigung über das einschlägige Verfahren herbeizuführen. Endlich besteht zwischen den beiden Premierministern Übereinstimmung darin, daß sie sich beide zur Eröffnung der Völkerbundsammlung im September dieses Jahres zu kurzem Aufenthalt nach Genf begeben werden.

Nach Ausgabe des Kommuniqués haben Macdonald und Herriot beschlossen, folgenden

#### Zusatz

zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit zu schließen.

#### Der intime Mitarbeiter Poincarés in der Begleitung Herriots.

Paris, 22. Juni. Herriot ist Sonnabendabend in London eingetroffen. Entgegen der ursprünglichen Absicht Herriots begleitet der Direktor am Quai d'Orsay Peretti della Rocca den Ministerpräsidenten auf seiner Reise nach London und Chequers. „Echo de Paris“ bemerkt dazu, daß Peretti der intime Mitarbeiter Poincarés gewesen sei. Er kenne

genau die französisch-englischen Verhandlungen. Ministerpräsident Herriot werde also in keiner Gegenwart nicht übertrübt werden können. Man dürfe hoffen, daß ihm, wenn nötig, ins Gedächtnis gerufen werde, daß die Unterredung von Chequers eine freundschaftliche Frühlingssitzung sein solle, aber in keiner Weise sich in eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes verwandeln und zu formellen Verpflichtungen führen dürfe. Ihre Vornehmheit dürfe die Regierung erst in einem späteren Stadium aufgeben, das reichlich durchdachten Lösungen gütlicher sein werde. (W. T. N.)

#### Macdonalds unerläßliche Bedingungen.

Keine Garantiepakete ohne Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 22. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ Emile Wendover, schreibt aus Chequers, Macdonald solle entschlossen sein, Herriot ansinanzzusetzen, daß es nach seiner Ansicht vergebens wäre, die Garantiepakete und die Frage der in den Dienst des Völkerbundes zu stellenden bewaffneten Macht zu erörtern, solange man sich nicht über die grundlegenden Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einig sei. Nach Ansicht Macdonalds stelle die militärische Befestigung des Ruhrgebietes für die Franzosen mehr eine Sicherheitsmaßnahme als ein Reparationspfand dar. Die Sicherheitsfrage müsse demnach zuerst erörtert werden. Nach Ansicht Macdonalds könne aber die Sicherheit Frankreichs und der Weltfriede nur durch Vermittlung des Völkerbundes gesichert werden unter der Bedingung, daß dieser aktiv werde. Das letztere sei so lange unmöglich, als Deutschland nicht zugelassen sei. Wenn diese Bedingung erfüllt sei, könnte man allgemeine Garantiepakete abschließen, denen sämtliche Mitglieder des Völkerbundes beitreten zum Unterschied von den Sonderabmachungen, wie sie zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bestehen. Mit den von Macdonald in Aussicht genommenen allgemeinen Garantiepaketen könnten bestimmte militärische und wirtschaftliche Verpflichtungen sämtlicher Völkerbundsmittglieder Hand in Hand gehen.

#### Herriots Brüsseler Besuch.

Paris, 22. Juni. Nach dem Brüsseler Korrespondenten des „Echo de Paris“ wird Ministerpräsident Herriot am Montagabend in Brüssel ankommen und vom König Albert empfangen werden. Die französisch-belgischen Besprechungen würden Dienstag vormittag 9 Uhr im Außenministerium beginnen und sich bis zum Ende des Nachmittags ausdehnen. (W. T. N.)

### Das neue Regime des „bewaffneten Vertrauens“

#### Der „vorsichtige Herriot“.

Paris, 22. Juni. Ein Sonderberichterstatter des „Matin“, der Ministerpräsident Herriot auf der Reise nach England begleitet, schreibt über den Stand der französisch-englischen Erörterungen angesichts der Besprechungen von Chequers, was die Aufgabe des Ruhrgebietes anbelange, so habe Poincaré angekündigt, daß die wirtschaftliche Erlassung ein Ende nehmen solle, sobald der Sachverständigenplan in Anwendung gebracht werde. Poincaré habe hinzugefügt, daß er zuverlässige Garantien haben müsse.

Auch Herriot sei bereit, die industrielle Erlassung des Ruhrgebietes aufzugeben, sobald die von den Sachverständigen vorgezeichneten Forderungen übergeben seien. Aber er gehe weiter. In seiner ministeriellen Erklärung gehe er zu, daß das Ruhrgebiet geräumt werden soll, wenn mit diesen Forderungen vernünftige und ausreichende Garantien Hand in Hand gingen. Diese Garantien habe Poincaré vor allem in der Fortdauer einer beschränkten Besetzung und in einer vorherigen Verständigung zwischen Frankreich und England für den Fall einer Verletzung erblickt.

Herriot sehe weniger Vertrauen in die Anwesenheit einiger Truppen, die im Falle eines Anstieges sofort zurückgezogen werden müßten. Aber er vertraue unbedingt auf die vorherige Verständigung, vorausgesetzt, daß die Mitwirkung jedes einzelnen und die anzuwendenden Methoden im voraus festgelegt würden. Was die Abrüstungsfrage anlangt, so habe Herriot viel für die moralische Abrüstung Deutschlands getan. Abgesehen von Ausnahmen in Gestalt schwerer Fälle habe er Anweisung gegeben, die Gefangenen freizulassen und die anwesenden Beamten wieder nach dem besetzten Gebiete zurückzubringen. Hinsichtlich der materiellen Abrüstung sei Herriot geneigt, in Zukunft, wie der Friedensvertrag es vorsehe, die Kontrolle dem Völkerbund anzuvertrauen, der wirksam ausgerichtet werden müßte; aber er sei nicht geneigt, einem deutschen Erpressungsversuch nachzugeben und die Ubergangszeit, während deren die Militärkontrollkommission unter dem Vorhinein des Generals Wolff unerläßliche Verhandlungen durchzuführen hätte, aufzugeben;

es handle sich darum, von einem Regime des Mißtrauens den Übergang zu finden zu einem Regime des bewaffneten Vertrauens, ohne daß irgendeines der Interessen Frankreichs in Mitleidenschaft gezogen werde.

Das sei keineswegs leicht. Denn jede Schwäche könnte falsch ausgelegt werden. Aber Herriot, der ein vorsichtiger Mann zu sein scheint und von ausgezeichneten Ratgebern umgeben sei, ließe den Gedanken an die Gefahr verschwinden, die mit einem Experiment verbunden sei, das nicht umgangen werden konnte. (W. T. N.)

#### v. Hoersch kommt nach Berlin.

Der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Hoersch wird sich nach Berlin begeben und bei dieser Gelegenheit den maßgebenden amtlichen Stellen über die Lage, wie sie sich nach den französischen Neuwahlen gestaltet hat, Bericht erstatten. Es dürften bei dieser Gelegenheit außer den durch den Dawes-Plan und die Rücküberträge sich ergebenden Problemen vor allem auch die Frage der internationalen Militärkontrolle und im Zusammenhang hiermit die in der letzten Zeit von französischer Seite besonders eifrig verbreiteten Gerüchte über angebliche deutsche Rüstungen zur Sprache kommen.

#### „Das wichtigste diplomatische Ereignis.“

London, 22. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt zur Zusammenarbeit zwischen Herriot und Macdonald, sie könne sich als das wichtigste diplomatische Ereignis seit Januar 1923 erweisen. Herriots Antritt sei jedoch mit einem verfrühten Optimismus begrüßt worden. Herriot sei ohne Zweifel von Macdonald gefragt worden, ob er bereit sei, einen deutschen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund zu unterstützen. Von seiner Antwort hänge der Erfolg oder Mißerfolg der Unterredung ab. Eine wichtige Frage sei jetzt, unter welchen Bedingungen Herriot das Ruhrgebiet räumen werde. Man halte es in London für zwecklos, eine internationalisierte Konferenz zur Verwirklichung des Dawes-Planes einzuberufen, bevor ein Einverständnis zwischen London und Paris über den Grundgedanke erzielt sei, nach dem die Alliierten als Gesamtheit gegenüber Deutschland handeln sollen.

#### Fragen Hergis an Stresemann.

Eine Wahlrede Hergis in Anhalt.

(Drohmelung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Juni. Anlässlich der Landtagswahlen in Anhalt sprach am Sonnabend in Dessau der deutschnationale Führer Erz. Hergis über die politische Lage. Er bekräftigte sich zunächst mit den Vorgängen bei der Regierungsbildung und führte aus, daß eine Einigung möglich gewesen wäre, daß aber mitten in die Verhandlungen hinein Reichsanwalt Marx mit der Erklärung gekommen sei, man könne nicht länger mit der Regierungsbildung warten, und müsse deshalb auf die Deutschnationalen verzichten. Reichsanwalt Marx sei glücklich bemerkt gewesen, mit den Deutschnationalen zu einer Einigung zu kommen. Man habe deshalb keinen Grund für den Abbruch der Verhandlungen finden können. Sollte da etwa der Reichspräsident eingegriffen haben? Das müsse jedenfalls gelagert werden: Ohne die Deutschnationalen sei jeder Beschluß, den eine deutsche Regierung dem Anstande gibt, ein solcher, der nicht eingeholt werden könne.

Man habe nun versucht, dem Volke beizubringen, daß die letzten Wochen infolge der Tätigkeit der Regierung eine Besserung der politischen Lage gebracht hätten. Hergis ging dann auf Herriots Erklärungen ein. Es sei richtig, daß er die alte Weltpolitik Frankreichs abgelehrt habe. Es sei auch richtig, daß er zum ersten Male in bestimmter Form überhaupt die Räumungsfrage als für Frankreich in Betracht kommend hingehalten habe, daß er auch von einer gewissen Annerkennung für die Verurteilten des Ruhrgebietes gesprochen habe. Man müsse sich aber vor falschem Optimismus und Illusionismus hüten, und deshalb richte er einige Fragen an Dr. Stresemann. Was Herriot über die Räumungsfrage gesagt habe, sei nicht klar. In dieser Frage müsse also erst noch mit Frankreich geklärt werden. Ist es nun so, fragte Erz. Hergis Dr. Stresemann, daß man mit Aussicht auf Erfolg diesen Kampf zu führen vermag? Das Kabinett braucht neues Blut, wissenschaftliche und tapfere Männer. Man habe gesagt, wir sollten 800 Millionen Goldmark vom Auslande in Form einer Anleihe erhalten, weitere 400 Millionen und dazu Privatkredite. Das war so dringlich, daß mit der Regierungsbildung nicht länger gewartet werden konnte. Sei etwa eine Befriedigung des Kreditbedürfnisses erfolgt? Wo seien die 800 Millionen, wo die 400 Millionen? Wo sei nur eine einzige dieser Millionen? Wo sei der ganze Privatkredit abblieben, der vom Auslande herbeikommen sollte? Man müsse nicht allein immer nur von dem Kredit im Auslande sprechen. Zunächst sei es nötig, daß eine Regierung einmal Kredit beim eigenen Volke habe. Die Regierung Marx werde uns nun die Gabeln zur Durchführung der Forderungen der Sachverständigen bringen. Etwas Mitte Juli würden sie dem Reichstage vorgelegt werden. Wie sollen wir uns da verhalten? Er sehe vorläufig keine Möglichkeit, da mitzumachen, und dann komme es eben zum Konflikt. Aber der könne über Nacht auch bei jeder anderen Frage kommen. Man sehe darin die Schwäche einer Regierung, die keine Mehrheit hinter sich habe. Ohne starke Mehrheit aber lasse sich eben nicht regieren.

#### Stresemanns Ansicht.

Die „Zeit“, das Organ Dr. Stresemanns, veröffentlicht einen aller Wahrheitslieblichkeit nach vom Reichsaussenminister selbst inspirierten beachtenswerten Artikel, in dem es heißt:

Für die Aenderung, die in der außenpolitischen Lage eingetreten ist, war es bezeichnend, daß der neue Ministerpräsident Herriot dem deutschen Botschafter in Paris als erster einen Besuch abstattete, um sich mit ihm in etwa einstündiger Unterredung über die politische Lage und die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu unterhalten. In Chequers werden der französische und der englische Ministerpräsident sich über die Frage einigen, auf welchem Wege man das Günstigste nun nach seiner allgemeinen vorbehaltslosen Annahme in die Wirklichkeit umsetzen soll. Die Lösung der Ehrenfragen, das heißt die Freilassung der Gefangenen und die Zurückberufung der Ausgewiesenen, bleibt dabei Frankreich überlassen, das ja auch schon die Initiative auf diesem Gebiete ergriffen hat. Die von Herriot geäußerte Absicht, nach der Inkraftsetzung des Gutachtens durch Deutschland die Ruhräumung zu vollziehen, wird durch Chequers wohl nicht berührt werden. Wie wird diese Inkraftsetzung vor sich gehen? Man wird sie sich vielleicht so denken können, daß Deutschland keine geschehenermaßen Maßnahmen innerhalb einer bestimmten Frist von etwa vierzehn Tagen durchführt, nachdem die Gesandtenwürde von der Reparationskommission zurückgekommen sind. Dann würde Frankreich innerhalb einer Frist von etwa der gleichen Dauer alle Maßnahmen durchzuführen haben, die die wirtschaftliche und finanzielle, sowie die Verkehrseinheit im besetzten Gebiet wiederherstellen. Danach würde das Gutachten als in Kraft gesetzt gelten. Wir sind jetzt in die entscheidende Phase der ganzen Frage eingetreten.